



AUF DEM ARBEITSMARKT HANDELN, UM DEN AUFSCHWUNG ZU ERHALTEN

STELLUNGNAHME DER GLOBAL UNIONS ZUM G8/G-20
GIPFEL IN ONTARIO

25-27 JUNI 2010

EINLEITUNG UND ÜBERSICHT	1
VERMEHRUNG von Jobs, Wachstum, Qualifikationen und Sozialer Sicherung	4
Jobs und Wachstum	4
Ausbildung und Fähigkeiten	6
Sozialschutz	7
Drosselung spekulativer Angriffe, Erhöhung der Steuereinnahmen und Neuregulierung des globalen Finanzwesens	8
Erreichen der entwicklungspolitischen Ziele	10
Bekämpfung des Klimawandels durch „Gerechten Wandel“	12
Verhinderung einer weiteren Krise: ein neuer Ansatz für globales Regierungshandeln	13
Fazit	15

EINLEITUNG UND ÜBERSICHT

1 Während die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder sich beim Ontario-Gipfel treffen, besteht kein Zweifel an der Tatsache, dass die Wirtschaftskrise, die das Leben und die Existenzgrundlage der arbeitenden Bevölkerung schwer geschädigt hat, noch lange nicht vorüber ist. Nicht nur ist die „weltweite Erholung“ unsicher und zerbrechlich, zudem hat sich die Finanzkrise gerade in der Eurozone zu einer Welle des Spekulierens gegen die wichtigsten Währungen und souveränen Staaten entwickelt. Der koordinierte und integrative Ansatz, Anreize zuschaffen, wird nun durch einen konkurrierenden und vorzeitigen Ausstieg ersetzt, da die Regierungen unter dem Druck der Anleihenmärkte auf Konsolidierungskurs umschwenken. Dadurch entsteht die Gefahr, die Weltwirtschaft wieder in die Rezession zurückzuführen, was katastrophale Folgen hätte. Außerdem werden soziale Unruhen geschürt. Die Ereignisse in Griechenland zeigen anschaulich, was passiert, wenn eine Regierung den falschen Weg einschlägt und nicht angemessen Stellung bezieht. Dies wird sich wahrscheinlich noch als historischer Fehler erweisen.

2 Arbeitnehmer auf der ganzen Welt erleben die verheerenden Auswirkungen steigender Arbeitslosigkeit und das Risiko eines Jahrzehnts stagnierender Arbeitsmärkte in den industrialisierten Ländern, die Verankerung der Armut in den Entwicklungsländern und eine ganze Generation Jugendlicher, die von produktiver Beschäftigung ausgeschlossen ist. Die globale Arbeitslosigkeit ist seit Beginn der Krise um 34 Millionen gestiegen, dazu kommen weitere Millionen Arbeiter, die keine regelmäßige Anstellung finden können, jedoch nicht als arbeitslos registriert sind. Einer Schätzung der UN zufolge bedarf es mindestens 300 Millionen neuer Jobs, um das Arbeitslosigkeitsniveau von vor Beginn der Krise wieder zu erreichen.¹ Die jüngste Entwicklung – durch Spekulanten verursachte Deflation – wird die Auswirkungen dieser Krise weiter verschlimmern.

¹ Keeping the promise: a forward-looking review to promote an agreed action plan to achieve the Millennium Development Goals by 2015 (Das Versprechen halten: ein vorausschauender Überblick zur Unterstützung eines vereinbarten Aktionsplans zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bis 2015). Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, 12. Februar 2010.

3 Es ist wichtig, dass die Regierungen den Konsolidierungskurs durch wachstumsfördernde und nachfragesteigernde Maßnahmen verfolgen, um so mehr Wirtschaftsleistung und Arbeitsplätze zu schaffen. Die momentane Krise hat zu einer massiven Verlagerung öffentlichen Kapitals in den privaten Sektor geführt. Die Beschneidung öffentlicher Ausgaben, mit dem Ziel, diese Verlagerung zu finanzieren wäre ebenso moralisch verwerflich wie wirtschaftlich unvernünftig. Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften lehnen die Kürzung öffentlicher Ausgaben ab, wenn diese nur dazu dienen, Löhne, Renten und Sozialprogramme zu beschneiden, dabei gleichzeitig die Arbeitslosigkeit erhöhen und die Budgets für Gesundheit, Erziehung und andere soziale Investitionen reduzieren, die die Beschäftigung sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen erwerbstätiger Familien beeinflussen. Solche Maßnahmen fördern die Ungleichheit – eine Schlüsselgröße, welche die Krise überhaupt erst hervorgerufen hat.

4 Die Regierungen müssen sich von dieser gescheiterten Lehrmeinung verabschieden. Sie müssen Anreize erhalten, Wachstum fördern und sich auf Einnahmen konzentrieren. Dabei müssen sie progressiver Besteuerung Priorität einräumen und höhere Einkommensgruppen, unproduktive und spekulative Vermögen besteuern. Sie sollten außerdem neue Finanzierungsquellen erschließen, unter anderem eine Steuer auf finanzielle Transaktionen (FTS)², und den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen intensivieren. Die Regierungen müssen außerdem aus der Vergangenheit lernen. Sie müssen sicherstellen, dass der Internationale Währungsfond (IWF) aufhört, eine dürftige „Strukturanpassungspolitik“ und Kreditbedingungen zu unterstützen, die die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Schwächung des Arbeitnehmerschutzes erfordern.

5 Die jüngste Attacke auf den Euro führt eindringlich vor Augen, wie notwendig es ist, dass die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder der Neuregelung und Schrumpfung des Finanzsektors Vorrang einräumen und ihn auf seine eigentliche Funktion zurückführen, nämlich der Realwirtschaft zu dienen. Die 2008 von den G-20-Ländern gegebenen Zusagen zur Reform haben zu nichts geführt, während das globale Finanzwesen weiter Amok läuft. Die mittlerweile dringende Notwendigkeit einer Eindämmung der Spekulation liefert weitere Argumente für die Einführung einer FTS.

6 Die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder müssen konkrete Schritte zur Übernahme der nächsten Vereinbarung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) unterstützen. Diese Vereinbarung muss die Maßnahmen zur Erreichung der Vorgaben auf Grundlage von Empfehlungen des IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter 2°C enthalten. Sie sollten gemeinsam mit Gewerkschaften daran arbeiten, einen „Gerechten Wandel“ zugunsten einer nachhaltigen und kohlenstoffarmen Wirtschaft zu erreichen.

7 Die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder – und darunter insbesondere die G8 – dürfen in der Zeit der Krise nicht von ihren den Entwicklungsländern gegebenen Zusagen zurücktreten. Die jüngsten Zahlen zum Fortschritt bei der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDG) offenbaren, dass die Zahl Hungerleidender Menschen stetig steigt, dass das Risiko von Frauen, bei der Geburt eines Kindes zu sterben, auf einem kritisch hohen Wert bleibt, und dass die Zahl der HIV-Infizierten immer noch im Steigen begriffen ist. Die Zahl der

.....
² The Parameters of a Financial Transaction Tax and the OECD Global Public Good Resource Gap (Die Parameter einer Finanztransaktionssteuer und der OECD Ressourcenmangel an globalem öffentlichem Gut), 2010 – 2020, TUAC, Februar 2010.

Einschulungen in Primarschulen ist zwar gestiegen, doch 72 Millionen Kinder im entsprechenden Alter gehen nach wie vor nicht zur Schule, Kinderarbeit herrscht noch in erschreckendem Maße vor und 71 Millionen Heranwachsenden ist der Besuch einer Sekundarschule oder eine Berufsausbildung verwehrt. All diese Probleme sind am gravierendsten in Afrika südlich der Sahara. Und dennoch sind die OECD-Regierungen ihren im Jahr 2009 gegebenen Zusagen, insbesondere gegenüber Afrika, noch nicht nachgekommen. Im Jahr 2009 haben eine Zahl von G8-Regierungen ihre Hilfssetats deutlich reduziert – davon am stärksten Italien (um 31,1%) und Deutschland (um 12%).

8 Bei früheren G-20-Gipfeln waren sich die Staats- und Regierungschefs über die ausschlaggebende Rolle von Arbeitsplätzen bei der Erzielung wirtschaftlicher Erholung einig; sie luden richtigerweise die IAO zu ihrem Gipfel in Pittsburgh ein und organisierten im April 2010 die erste G-20-Arbeitsministerkonferenz in Washington. Sie müssen diesen Weg nun weitergehen, um einen Paradigmenwechsel zu erreichen, der die Beschäftigung zum obersten Ziel ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik macht, und damit zusammen mit der IAO den kontinuierlichen Prozess einer engeren und weiterführenden Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsministerien durch eine Arbeitsgruppe für Beschäftigung festigt und eine verbesserte Rolle der Sozialpartner im G-20-Prozess erreicht.

9 Deshalb rufen Global Unions die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder auf:

- *zur Bewahrung von Anreizen, die sich auf Arbeitsplätze und Wachstum konzentrieren:* Gestaltung politischer Strategien, die stabiles Wachstum sicherstellen, das eine Arbeitsplätze schaffende Erholung erzielt, statt verfrüht aus Anreizen auszusteigen, bevor adäquate Wachstumsniveaus erreicht wurden, und damit das Risiko eines „double dip“ heraufzubeschwören. Dies sollte unterstützt werden durch Maßnahmen zur Platzierung eines nachhaltigen Arbeitsmarktmodells auf der Grundlage von menschenwürdiger Arbeit im Mittelpunkt des politischen Rahmenwerks für die Phase nach der Krise: Tarifverhandlungen stärken, Ungleichgewichte bezüglich Bezahlung und Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt bekämpfen und eine Strategie für den Aufbau von Kompetenzen für hochwertige Beschäftigung erarbeiten; mit den Sozialpartnern zusammenarbeiten und insbesondere Kompetenzen für „grüne“ Arbeitsplätze priorisieren (§11-13);
- *zum Beenden spekulativer Angriffe auf Währungen und zur Schaffung einer fairen Besteuerung:* Entwicklung einer progressiven Steuerreform und einer Transaktionssteuer (FTS), die spekulatives Verhalten eindämmt, die hilft, die Kosten der Krise zu tragen und die zur sozialen Entwicklung beiträgt; Verwirklichen der MDG und Anpassen an den Klimawandel als Teil einer Reihe von finanziellen Reformen (§20-22);
- *zur Reform der Finanzsysteme:* Vordringliches und koordiniertes Handeln auf G-20-Ebene, um das Finanzsystem zu reformieren und so den Teufelskreis zu durchbrechen, durch den die Entscheidungen von Regierungen kurzfristig von einem unreformierten Finanzsystem angetrieben werden, das gleichzeitig die Unbeständigkeit des Systems beibehält, welche mittelfristig die nächste Krise auslösen könnte (§23-24);
- *Sicherzustellen, dass die Klimapolitik einen „Gerechten Wandel“ beinhaltet:* groß angelegte und arbeitsmarktintensive Investitionen in grüne Infrastruktur, Entwicklung von Ausbildungsprogrammen und Programmen zur Entwicklung von Fähigkeiten, Bereitstellung von sozialem Schutz und Unterstützung von sozialem Dialog (§32-34);

- *zum Aufbau eines neuen Paradigmas für globales Regierungshandeln auf der Grundlage von Vollbeschäftigung*: Bildung einer dauernden G-20-Arbeitsgruppe für Beschäftigung basierend auf der Beteiligung der sozialen Partner und der zunehmenden und dauerhaften Kooperation der Arbeitsministerien und der IAO; zur Einberufung einer zweiten G-20-Arbeitsministerkonferenz, Einladung der Sozialpartner zur formalen Beratung und Teilnahme als regelmäßiger Bestandteil von G-20-Gipfeln und des Forums für Finanzstabilität (Financial Stability Board, FSB); zur Beauftragung der IAO mit der Zusammenstellung der beschäftigungsbezogenen Teile des G-20-Rahmenprogramms für starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum und Umsetzung der neuen Erklärung über Redlichkeit, Integrität und Transparenz in internationalen Geschäfts- und Finanztransaktionen (§35-40).
- 10 Wir rufen die Staats- und Regierungschefs der G8-Länder im Besonderen auf:
- *zur Erfüllung der eingegangenen Hilfeverpflichtung und Unterstützung der MDG*: Einigung auf einen Aktionsplan zur Erreichung der MDG zusammen mit einem soliden und transparenten Rahmen zur Überwachung der Einhaltung von Zusagen; Investition in öffentliche Versorgungsbetriebe; Konzentrieren auf menschenwürdige Arbeit bei der Entwicklung von Unterstützungs- und Hilfsstrategien zur Schaffung von hochwertigen Beschäftigungsmöglichkeiten, insbesondere für Frauen (§26-31);
 - *HIV und AIDS*: Veröffentlichung eines zeit- und ressourcengebundenen Plans im Vorfeld des MDG-Gipfels im September 2010 zur Aufstockung der Mittel, um die Zusagen zum allgemeinen Zugang zur HIV- und AIDS-Prävention, -behandlung, -pflege und -unterstützung einzuhalten; Stärkung von arbeitsplatzbezogenen Peer-Education-Programmen und Aufstockung des Global Fund for AIDS, TB and Malaria (Globaler Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria, §29);
 - *Bildung*: Bevollmächtigung eines hochrangigen Multi-Stakeholder-Ausschusses zur Erarbeitung von Empfehlungen zum Schließen der Finanzierungslücke, um es Ländern zu ermöglichen, die Initiative Bildung für Alle (Education for All, EFA) zu verwirklichen; Entwicklung eines relevanten Berufsschulwesens und von Berufsausbildungen; Durchführen eines G-20-Ministertreffens der Schlüsselressorts zu diesem Thema im Jahr 2011 und Aufbau einer globalen Partnerschaft für Lehrerbildung. (§30);
 - *Sozialer Schutz*: Umsetzung des „Social Protection Floor“ der IAO³, durch Bildung eines Sozialschutzfonds sowie Sicherstellen, dass Schwellenländer und Entwicklungsländer sowohl die Ressourcen als auch den politischen Raum für seine Umsetzung haben (§17-19).

VERMEHRUNG VON JOBS, WACHSTUM, QUALIFIKATIONEN UND SOZIALER SICHERUNG

Jobs und Wachstum

11 Zwar deuten die jüngsten Zahlen für viele der G-20-Staaten darauf hin, dass sich die Arbeitslosigkeitszahlen zu Beginn des Jahres 2010 stabilisiert haben, doch es gibt immer noch wenig Anlass für Optimismus. Die Auswir-

.....

3 Dies beinhaltet: universellen Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung; eine allgemeine Grundrente für Alte und Berufsunfähige; Einkommens- und Unterhaltssicherheit für alle Kinder; und Einkommensunterstützung für Unterbeschäftigte und Arbeitslose im arbeitsfähigen Alter.

kungen der Krise verschlimmern sich durch eine rasch wachsende Zahl von Arbeitskräften in Entwicklungs- und Schwellenländern. Darüber hinaus hat in vielen Ländern der Arbeitsmarkt ein derartiges Ausbluten der Arbeitsplätze erlitten, dass sogar bei einem Aufschwung mit Wachstumsraten vergleichbar denen bei früheren Erholungen die Arbeitslosigkeitsrate erst um 2017 oder 2018 den gleichen Stand wie vor der Krise erreichen würde. Die aus der anhaltenden Spekulation an den Finanzmärkten resultierende deflationäre Wendung droht die Weltwirtschaft zurück in eine steigende Arbeitslosigkeit zu stürzen.

12 Kurzfristig müssen die Regierungen es vermeiden, durch voreilige Strategien aus der gegenwärtigen Geldpolitik auszusteigen, denn dies gefährdet den Aufschwung und könnte wichtige öffentliche Dienstleistungen behindern. Im Vergleich zu einer beschäftigungszentrierten Strategie würde ein vorzeitiger Entzug der Regierungsunterstützung für Beschäftigungsförderung laut dem Internationalen Institut für Arbeitsstudien (International Institute for Labour Studies) nicht nur die Arbeitsplatzkrise in die Länge ziehen, sondern außerdem mittelfristig die finanzpolitischen Ziele beeinträchtigen und die Finanzdefizite bis 2015 verschlimmern⁴.

13 Die Politiker müssen die Tatsache akzeptieren dass ohne Aufschwung bei den Arbeitsplätzen keine nachhaltige Erholung der Wirtschaft möglich ist. Die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder müssen einen Aktionsplan verabschieden, um die von den G-20-Arbeitsministern in Washington gegebenen Empfehlungen umzusetzen, und:

- Anreize beibehalten, bis eine nachhaltige Erholung bei Nachfrage und Beschäftigung eingesetzt hat;
- sicherstellen, dass ein größerer Anteil der Ausgaben für Aufschwungpakete für Arbeitsplatzbeschaffung aufgewendet wird und dass die Maßnahmen auf eine Maximierung der Wirkung im Beschäftigungsbereich ausgerichtet werden;
- zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung des Beschäftigungswachstums ergreifen, darunter Investitionen in unmittelbare öffentliche Arbeiten, so dass schnell neue Arbeitsplätze geschaffen und Nachfrage und Wachstum gestärkt werden;
- Maßnahmen unterstützen, die das geschlechtsspezifische Lohngefälle bekämpfen, indem die Einkommen von Frauen erhöht werden und dadurch die Gesamtnachfrage angekurbelt wird;
- Arbeitsstellen oder Ausbildungsplätze für junge Menschen garantieren, die länger als eine bestimmte Zeit arbeitslos waren, um so die sehr abträglichen und marginalisierenden Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden;
- groß angelegte und arbeitsmarktintensive Investitionen in „grüne“ Infrastruktur tätigen, z. B. Energieeffizienz, Gebäude, erneuerbare Energien und öffentliche Verkehrsmittel, um dadurch „grüne“ Arbeitsplätze zu schaffen und dabei darauf achten, dass diese zugleich „menschwürdige“ Arbeitsplätze sind;
- Arbeitsplatzförderprogramme und kurzfristige Maßnahmen unterstützen, um Arbeitskräfte in Beschäftigung zu behalten und so den Aufschwung zu erleichtern;
- Ressourcen auf nationaler Ebene mobilisieren, um den Global Jobs Pact der IAO durch Umsetzungspläne zu unterstützen, welche die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände einbeziehen.

.....
⁴ "Promoting Employment Recovery While Meeting Fiscal Goals" (Beschäftigungsaufschwung fördern und gleichzeitig fiskale Ziele erreichen), ILO/IILS, März 2010.

Ausbildung und Fähigkeiten

14 Bei ihrem Treffen im April 2010 bestätigten die G-20-Arbeitsminister, *„verbesserte Ausbildung unserer Arbeitnehmerschaft stellt eine Investition mit hoher Rendite für die zukünftige Produktivität unserer Wirtschaften und die Arbeitszufriedenheit unserer Arbeitnehmer dar“*. Sie unterstrichen die wesentliche Rolle der Ausbildung bei der Ausstattung und Anpassung der Arbeitnehmerschaft an den sich verändernden Charakter der Arbeitsplätze, einschließlich der grünen Arbeitsplätze, die erforderlich sind, um eine umweltbewusstere, nachhaltigere Wirtschaft aufzubauen. Sie stellten außerdem fest, dass das *„Angebot berufsbezogener Ausbildung und Kompetenzentwicklung durch die Nachfrage nach besonderen Berufskompetenzen in unseren Wirtschaftssystemen und in Bereichen mit hohem Wachstum wie z. B. der Gesundheits- und Altenpflege, Erziehung und öffentlichen Sicherheit angeregt werden sollte“*. Die Empfehlungen der Minister bezogen die Ausbildungs- und Kompetenzstrategien in eine Gesamtstrategie für Wachstum, Arbeitsplatzbeschaffung und verbesserte Qualität der Arbeitsplätze ein.

15 Nach Ansicht von Global Unions sollten die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder der Entwicklung leicht zugänglicher und inklusiver Trainingsmaßnahmen für Arbeitnehmer eine hohe Priorität einräumen und die Empfehlungen ihrer Arbeitsminister vorantreiben. Insbesondere sollten sie einen branchenspezifischen Ansatz zur Kompetenzentwicklung und -durchführung stärken. Nationale branchenspezifische Kompetenzentwicklung und Ausbildungsstrategien sind ein wirksames Mittel zur Anpassung von Fähigkeiten an die Nachfrage und knüpfen gleichzeitig einen lebenslangen Lernprozess an die Bedürfnisse junger Heranwachsender, erfahrener Arbeitnehmer und Arbeitgeber an. Es ist von entscheidender Bedeutung, Maßnahmen zu ergreifen, um eine verlorene Generation von jungen Leuten zu vermeiden. Die Führungspersonen sollten sicherstellen, dass eine ressortübergreifende Herangehensweise an das Thema Ausbildung stattfindet, indem Arbeitsministerien mit Ministerien für die Bereiche Erziehung, Finanzen, Investitionen, Handel, Gesundheit, Transport und ländliche Entwicklung zusammenarbeiten.

16 Global Unions rufen die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder auf:

- zur Unterstützung der IAO, basierend auf der Arbeit der OECD und der Zusammenarbeit mit Vertretern von Regierungen, Arbeitsmarkt und Business, um eine vollständige Ausbildungsstrategie zu entwickeln und diese durch den Dialog mit den Sozialpartnern umzusetzen;
- zur Einbindung der Ausbildung in breitere Entwicklungsprogramme und -strategien unter Beachtung eines „Bottom-up“-Ansatzes basierend auf den Bedürfnissen lokaler und regionaler Arbeitsmärkte;
- zur Einrichtung von Fachräten, um das Angebot an Kompetenzen besser an die Nachfrage anpassen zu können und die Qualität von Ausbildungsprogrammen bewerten zu können; zur Zusammenarbeit mit branchenspezifischen Sozialpartnern und anderen Interessenvertretern des Arbeitsmarktes, um Engpässe und Lücken bei den Kompetenzen feststellen zu können;
- zur Sicherstellung, dass Kompetenzprogramme inklusiv und für benachteiligte Gruppen, wie z.B. Arbeitslose, Niedrigqualifizierte, Frauen, Jugendliche, Migranten, HIV/AIDS-Infizierte oder prekär Beschäftigte, leicht zugänglich sind. Fokussierung auf die Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit und die Erzielung bilateraler und multilateraler Übereinkünfte zur Unterstützung von Migration zusammen mit Vereinbarungen, welche die Kompetenzen von Migranten anerkennen.

Sozialschutz

17 Die G-20-Regierungen haben durchweg die Wichtigkeit sozialen Schutzes für die Milderung der schlimmsten Auswirkungen der momentanen Krise und die Schaffung einer fairen und nachhaltigen Zukunft anerkannt⁵. Zuletzt haben die G-20-Arbeitsminister eine Empfehlung dahingehend abgegeben, dass die Regierungen bestehende soziale Schutzsysteme und die aktive Arbeitsmarktpolitik stärken, wo dies erforderlich ist. Trotzdem bedrohen Vorhaben zur Haushaltskonsolidierung den sozialen Schutz und untergraben die Rechte der Arbeitnehmer auf eine angemessene und sichere Rente.

18 Die G-20-Beschäftigungs- und Arbeitsminister haben weiterhin empfohlen, dass „alle Staaten adäquate soziale Schutzsysteme einrichten“. Außerhalb der Industrienationen gibt es wenig oder gar keinen sozialen Schutz, wenn auch einige Schwellenländer im Rahmen vergangener Krisen wirksame Programme eingesetzt haben: Argentinien, *REPRO (Federal Productive Reconversion Program, Bundesprogramm zur produktiven Rückwandlung)*, Mexiko, das *Oportunidades/Progresas Program* und Brasilien, *Bolsa Familia*. In Asien/Pazifik haben nur 20% der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten Zugang zu Arbeitslosenunterstützung und nur 30% der älteren Menschen erhalten eine Altersrente.⁶ In Afrika verdienen in der Mehrzahl der Staaten die meisten Arbeitnehmer ihren Unterhalt durch informelle wirtschaftliche Aktivitäten ohne Zugang zu sozialem Schutz.

19 Global Unions rufen die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder auf:

- zur Stärkung existierender Einkommensunterstützung durch erweiterte Programme zur Arbeitslosenunterstützung und zeitweise Lockerung der Vorschriften zum Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung; Erhöhung der Austauschquoten, Ausdehnung der Anspruchsdauer; Ausweitung des Umfangs von vorübergehendem und kurzfristigem Einkommensausgleich für Arbeitnehmer in prekärer Beschäftigung;
- zur Anpassung sozialer Sicherheitsnetze durch Erweiterung der Berechtigung für Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe und Zugang zu Ausbildungsmaßnahmen im Rahmen von Arbeitsmarktprogrammen, damit junge Arbeitnehmer einbezogen werden;
- zur Verpflichtung zu nachhaltigen Rentensystemen (steuerbasiert, Umlageverfahren oder vorfinanziert), die eine ausreichende Ruhestandsversorgung für Arbeitnehmer liefern und sie vor Markt- und Langlebkeitsrisiken schützen;
- zur Verringerung der Anfälligkeit durch Umsetzung des „Social Protection Floor“ der IAO durch Bildung eines Sozialschutzfonds und Sicherstellung, dass Schwellen- und Entwicklungsländer sowohl die Ressourcen als auch den politischen Raum für seine Umsetzung haben. Die IAO hat nachgewiesen, dass dies mit nur 3% der weltweiten Bruttoproduktion zu finanzieren wäre;
- zum Sicherstellen, dass Menschen in prekärer Beschäftigung sowie Arbeitsmigranten die gleichen Rechte auf sozialen Schutz haben wie andere Arbeitnehmer; Ausweitung der Erfahrungen der *Multilateral Ibero-American Social Security Convention (Lateinamerikanische Konvention zur Sozialen Sicherheit)* auf die Übertragbarkeit von

⁵ Der G-20-Gipfel in Pittsburgh erkannte die Notwendigkeit für das G-20-Rahmenprogramm für Starkes, Nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum, um die „Sicherheitsnetze zu stärken“ und „Einkommens- [und] sozialen Schutz sowie Ausbildungsunterstützung für Arbeitslose weiterhin zur Verfügung zu stellen“. Der G-8/G-14-Sozialgipfel in Rom bezeichnete die Unterstützung „des Einkommens der Menschen und ihrer Familien durch effektive und verantwortliche soziale Schutzsysteme...“ als Schlüssel zur Bewältigung der Krise.

⁶ Achieving the Millennium Development Goals in an Era of Global Uncertainty (Erreichung der Millenniumsziele in einer Zeit globaler Ungewissheit: Regionalreport Asien/Pazifik 2009/10, Februar 2010.

DROSSELUNG SPEKULATIVER ANGRIFFE, ERHÖHUNG DER STEUEREINNAHMEN UND NEUREGULIERUNG DES GLOBALEN FINANZWESENS

20 Es kommt darauf an, dass die Regierungen bei der Ausarbeitung von Maßnahmen zur Reduzierung von Haushaltsdefiziten und Schulden ihre Aufmerksamkeit auf Einkünfte richten, nicht nur auf Ausgaben, denn gerade die Schulden werden Vorhersagen zufolge eine Höhe erreichen wie noch nie zuvor in der Nachkriegszeit. Das Ausmaß an sozialen Unruhen in Griechenland unterstreicht die Gefahren, die eine Umsetzung von Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und Reduzierung öffentlicher Pensionen mit sich bringt, die in beiden Fällen hart und ungerecht sind. Solchen Maßnahmen steht die Arbeiterbewegung mit strikter Ablehnung gegenüber.

21 Die Regierungen müssen der Erschließung neuer Finanzierungsquellen Priorität einräumen und die Einführung einer Steuer auf finanzielle Transaktionen (FTS)⁷ als faires und praktisches Mittel zur Finanzierung der Krise unterstützen. Der IWF hat kürzlich ein zweistufiges System vorgeschlagen, das aus einer bilanzbasierten Abgabe zur finanziellen Stabilität (Financial Stability Contribution, FSC) und einer Steuer auf wirtschaftliche Aktivitäten (Financial Activities Tax, FAT) besteht. Der Vorschlag einer FAT hat einige Vorteile, denn diese Steuer würde die gegenwärtige Umsatzsteuerbefreiung angehen, die dem Finanzsektor zugute kommt, und den Umfang des Finanzsektors verringern. Doch anders als die FTS würde sie das Problem der kurzfristigen Finanzspekulation nicht bekämpfen, die bei den jüngsten Attacken auf den Euro in den Vordergrund gerückt ist. Die Arbeiterbewegung macht sich zusammen mit anderen Gruppen und Organisationen für eine Einführung einer FTS stark.

22 Die Anstrengungen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steueroasen muss ebenfalls vorangetrieben werden. Die jüngste Entscheidung des OECD Global Forum zur Einführung von nach Ländern geordneten Übersichten⁸ zur Steuertransparenz und zum Informationsaustausch stellt einen positiven Schritt in Richtung Beseitigung von Steueroasen dar, aber sie geht noch nicht weit genug. Die Regierungen sollten sicherstellen, dass das OECD Global Forum an der Entwicklung eines automatischen und multilateralen Systems zum Austausch von Steuerinformationen arbeitet und gleichzeitig den Kapazitätsaufbau innerhalb der Steuerbehörden in Entwicklungsländern unterstützt und finanzielle Hilfen für die kürzlich gegründete OECD Task Force für Steuern und Entwicklung leistet.

23 Trotz gegenteiliger Behauptungen der G-20 kommt der Fortschritt beim Neuregulieren des globalen Finanzwesens nur sehr langsam voran. Die Staats- und Regierungschefs der G 20-Länder haben sich verpflichtet, sicherzustellen, dass das Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Board, FSB) konkrete Reformen einleitet, die den Finanzsektor auf seine eigentliche Funktion zurückführen, nämlich der Realwirtschaft zu dienen. In der Realität wurde nur eine Reihe von Berichten und Grundsätzen für

7 The Parameters of a Financial Transaction Tax and the OECD Global Public Good Resource Gap (Die Parameter einer Finanztransaktionssteuer und der OECD Ressourcenmangel an globalem öffentlichem Gut, 2010 – 2020, TUAC, Februar 2010.

8 << Steuertransparenz - Global Forum führt nach Ländern geordnete Übersichten ein: <<http://www.oecd.org/document/4/0,3343,en_21571361_43854757_44855876_1_1_1_1,00.html>>.

eine zukünftige Reform erstellt, aber es fand kein konkreter Wechsel statt. Der Inhalt der erwähnten Berichte offenbart darüber hinaus lediglich, in welchem Umfang die Regierungen und Aufsichtsbehörden die Kontrolle über das globale Finanzwesen verloren haben.

24 Währenddessen ist die Schattenfinanzwirtschaft wieder zur Tagesordnung übergegangen und ergeht sich in Angriffen auf die bedeutendsten Währungen, darunter insbesondere auf den Euro. Die jüngsten Vorschläge von FSB und IWF zur Reform der Basel-II-Rahmenvereinbarung für Banken und zur Einführung neuer Steuern auf große Geldinstitute – Banken und Hedge-Fonds – erreichen zu wenig, kommen zu spät und bleiben weit unterhalb den mutigen und ehrgeizigen Schritten, die nötig wären, um den erforderlichen Wechsel einzuläuten und die steigende Welle des Volkszorns zu beschwichtigen.

25 So lange die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder nicht aktiv werden und die Finanzmärkte verkleinern und regulieren, kann es keinen nachhaltigen Aufschwung geben. Global Unions rufen die G-20-Regierungen auf:

- sicherzustellen, dass Maßnahmen zur finanziellen Konsolidierung nicht die Fähigkeit des öffentlichen Sektors gefährden, seine Leistungen und den für eine fairere und nachhaltigere Wirtschaft nötigen sozialen Schutz zu leisten. OECD-Regierungen sollten in öffentliche Dienstleistungen und sozialen Schutz investieren;
- progressive Steuerreformen zu entwickeln, die zum sozialen Zusammenhalt beitragen, die Arbeit der OECD gegen Steuerhinterziehung zu intensivieren und Maßnahmen zur Reduzierung von Steuerwettbewerb zu ergreifen;
- vorrangige Schritte zur Ausarbeitung und Einführung einer Transaktionssteuer (FTS) zu ergreifen;
- strenger gegen die Schattenfinanzwirtschaft vorzugehen, indem Schritte zur Regulierung aller Märkte, aller Institutionen und aller Rechtssysteme ergriffen werden. Ausnahmeregelungen, die Hedge-Fonds und außerbörsliche Unternehmensbeteiligungen („Private Equity“) bevorzugen, sollten abgeschafft werden und alle Finanzprodukte, die nicht an einer organisierten Börse gehandelt werden können, verboten. Steueroasen und Offshore-Finanzzentren sollten beseitigt werden;
- bei spekulativem Verhalten hart durchzugreifen, u. a. durch Besteuerung von Währungen, Wertpapier- und Derivatehandel, Bindung des Derivatehandels an die effektive Eigentümerschaft des Basiswertes und Verbot des Eigenhandels;
- den Finanzsektor zu schrumpfen und zu diversifizieren, z. B. durch Anwendung zusätzlicher Kapitalaufschläge und Besteuerung unkontrollierter, großer Finanzdienstleister, Anwendung umsichtiger Restriktionen auf Bankenstrukturen, um Privatkunden- und Geschäftsbanken vor volatilen und riskantem Investmentbanking zu schützen und um Genossenschaftsbanken und Versicherungs- und öffentliche Finanzdienstleister zu fördern;
- exzessive Risikobereitschaft und unverantwortliche Vergütungen einzudämmen, u. a. durch gesetzliche Beschränkung der Bezahlung von Bankern, Händlern und sonstigen Managern, Stärkung von Risikomanagementgrundsätzen durch Unterstützung für Arbeitnehmervertretungen und Schutz von Arbeitnehmerfamilien vor Kredithaien durch adäquate Verbraucherschutzgesetzgebung.

ERREICHEN DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN ZIELE

26 Die Krise zerstört zunehmend alle Hoffnung auf Erreichung der Millenniumsziele (MDG) oder der national vereinbarten Entwicklungsziele, insbesondere in Ländern mit geringem Einkommensniveau. Der jüngste UN-Bericht offenbart ein gähnendes Loch. Die Zahl der Menschen auf der Welt, die Hunger leiden (MDG1), steigt weiterhin und belief sich im Jahr 2009 auf 1,02 Milliarden im Vergleich zu 873 Millionen in den Jahren 2004-06. Mehr als 72 Millionen Kinder im Grundschulalter besuchen keine Schule (MDG2) und die erschütternde Zahl von 126 Millionen Kinder sind laut Berichten in gefährliche Arbeit involviert, während die UNESCO berichtet, dass 71 Millionen Heranwachsenden der Besuch einer Sekundarschule oder eine Berufsausbildung verwehrt ist. Das Risiko für Frauen, bei der Geburt eines Kindes zu sterben (MDG5), bleibt hoch und die Anzahl der HIV-Infizierten (MDG6) steigt nach wie vor, weil nicht genügend Mittel in die Prävention investiert werden. All diese Probleme sind am akutesten in Afrika südlich der Sahara.⁹ Die Anfälligsten sind am stärksten betroffen: Arbeitsmigranten, Arme in der Stadt und auf dem Land, landlose Bauern, Haushalte mit weiblichem Familienvorstand und weibliche Arbeitnehmer.

27 Im September 2010 werden sich die Regierungen bei der UN-Generalversammlung zu einer hochrangigen Konferenz zu den Millenniumsentwicklungszielen treffen, um sich auf zukünftige Vorgehensweisen zur „Beschleunigung des Fortschritts“ in Richtung auf die Erreichung der MDG bis 2015 zu einigen. Jedoch zeigen jüngste Zahlen zu den Hilfsleistungen¹⁰, dass die Regierungen die Zusagen der Vergangenheit immer noch nicht erfüllt haben, wobei G8-Mitglieder wie Italien und Deutschland ihre Nettoleistungen sogar reduziert haben (um 31,1% bzw. 12%).

28 Die Zahl der Menschen, die sich mit HIV infizieren, steigt weltweit an, weil die Prävention fehlschlägt. AIDS2031, ein Gremium das eingesetzt wurde,

REGIERUNGEN ERFÜLLEN IHRE VERSPRECHEN NICHT

■ 2009 stiegen die Zahlungen für Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) um 0,7% auf 119,6 Milliarden USD und stellen damit 0,31% der zusammengenommenen Bruttonationaleinkommen dar. Der Nettowert bilateraler ODA an Afrika betrug 2009 28 Milliarden USD, was einen realen Zuwachs von 3% gegenüber 2008 bedeutet;

■ Für das Jahr 2010 wird die ODA „auf 108 Milliarden USD geschätzt, umgerechnet auf das Dollar-Niveau von 2004, was einen Zuwachs von 28 Milliarden USD über der Basislinie von 2004 darstellt, wobei das Verhältnis von ODA zu GNI ...von 0,26% auf geschätzte 0,32% steigt“. Dies bedeutet einen Fehlbetrag zu den Verpflichtungen von 2005 von 18 Milliarden USD (auf dem Dollar-Niveau von 2004). Umgerechnet auf das Preisniveau von 2009 beträgt die ODA schätzungsweise 126 Milliarden USD – ein Zuwachs von fast 6 Milliarden USD gegenüber 2009. Prognosen zufolge erhält Afrika 2010 nur 11 Milliarden USD der von Gleneagles vorausgesagten 25 Milliarden USD Erhöhung.

9 Keeping the promise: a forward-looking review to promote an agreed action plan to achieve the Millennium Development Goals by 2015 (Das Versprechen halten: ein vorausschauender Überblick zur Unterstützung eines vereinbarten Aktionsplans zur Erreichung der Millenniumsziele bis 2015). Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, 12. Februar 2010; p5.

10 Preliminary ODA Figures for 2009, OECD, 14th April 2010.

um sich mit dem 50. Jahrestag der Entdeckung der Erkrankung zu befassen, schätzt, dass es bis zum Jahr 2031 zwei Millionen weitere Infizierte geben könnte. Die verfügbaren Mittel für Vorbeugung und Behandlung schwinden jedoch, denn die Stifter, einschließlich der G8-Staaten, streichen wegen der weltweiten Rezession und/oder weil sie anderen Krankheiten, die billiger zu behandeln sind, eine höhere Priorität einräumen, die Budgets zusammen.

29 Die Geldgeber dürfen nicht die Augen verschließen vor den verheerenden Folgen, die eine Reduzierung der Mittel für HIV/AIDS auf Einzelne, Familien, Gemeinschaften, Wirtschaftssysteme und die gesamte Entwicklung hat. Sie müssen ihre Prioritäten neu ausrichten. Neben dem gesicherten Zugang Betroffener, vor allem in Niedriglohnländern, zu den Medikamenten, die sie benötigen, müssen Geldgeber der Prävention die nötige Priorität einräumen, um die Flut neuer HIV-Infektionen aufzuhalten. Dies sollte arbeitsplatzbasierte HIV-Peer-Education (Aufklärung der Arbeitnehmer untereinander) beinhalten, die sich als wirksame, aber zu wenig verbreitete Methode der Prävention erwiesen hat.

30 Im April 2010 unterstrichen die G-20-Beschäftigungs- und Arbeitsminister die fundamentale Wichtigkeit eines elementaren Grund- und Sekundarschulwesens. Im Juni 2009 bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der G-8-Länder beim ihrem Treffen in LAquila nochmals das Recht auf Bildung für Alle (Education for All, EFA), sowie ihre Verpflichtung, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, und unterstützten die Reform der EFA Fast Track Initiative (FTI). Jedoch sind diese Zusagen an der Mobilisierung der nötigen Ressourcen zur Finanzierung der Bedürfnisse von Partnerstaaten mit niedriger Einkommensstruktur gescheitert. Die Minister erkannten außerdem die Notwendigkeit für die Regierungen, *„die Qualität der Bildung anzuheben... durch Anwerbung, Ausbildung, Beibehaltung und besserer Anleitung qualifizierter Lehrer“*.

31 Global Unions rufen die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder – und den G8-Gipfel im Besonderen – zur Umsetzung dieser Entwicklungsziele sowie zu folgenden Maßnahmen auf:

- Anerkennung der Zusagen bezüglich der MDG und ODA, die beim G-20-Gipfel in London ausgesprochen wurden, insbesondere für Afrika südlich der Sahara; Erreichung des Ziels, 0,7% des Bruttonationaleinkommens einzusetzen; Sicherstellen, dass zusätzliche Mittel für ODA für die Klimafinanzierung zur Verfügung stehen und dass die ODA-Ausgaben transparent sind;
- Ausarbeitung und Veröffentlichung eines Aktionsplans zur Umsetzung bestehender Zusagen im Vorfeld des UN-MDG-Gipfels (September 2010), einschließlich der Unterstützung von Gesundheitsinitiativen für Mutter und Kind, die reproduktive Gesundheit und Mutterschaftsrechte einschließen, und Abgeben ambitionierter neuer Zusagen, wo gegebene Zusagen ausgelaufen sind, sowie über das Jahr 2015 hinaus;
- Entwicklung des vorläufigen G8-Rechenschaftsberichts und Erstellung eines robusten und transparenten Rahmens, der die Überwachung der G8- und G-20-Zusagen erlaubt, einschließlich obligatorischem Peer-Review;
- Investition in einen neuen Global Deal für öffentliche Dienstleistungen in öffentlichem Besitz, die unsere Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme erneuern, Schutz- und Immunitätsprogramme für Beschäftigte im öffentlichen Gesundheitswesen in Entwicklungsländern fördern und die weltweite Knappheit von Beschäftigten in den Bereichen Gesundheit und Bildung in Angriff nehmen;
- Veröffentlichung eines zeit- und ressourcengebundenen Plans im Vorfeld des MDG-Gipfels im September 2010 zur Aufstockung der

Mittel, um die Zusagen zum allgemeinen Zugang zur HIV- und AIDS-Prävention, -behandlung, -pflege und -unterstützung einzuhalten, und um die MDG6 zu erreichen und den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM) wieder aufzufüllen;

- Bevollmächtigung eines hochrangigen Multi-Stakeholder-Ausschusses unter Einbeziehung führender Vertreter von Regierungen, Wirtschaft, Bildung, Gewerkschaften, nichtstaatlichen Organisationen und internationalen Organisationen zur Erarbeitung von Empfehlungen für Verbesserungen in der Gesamtgestaltung und Durchführung der EFA-Initiative, sowie Organisieren eines G-20-Ministertreffens der Schlüsselressorts zu diesem Thema im Jahr 2011;
- Aufbau einer globalen Partnerschaft für Lehrerbildung, um finanzielle und Humanressourcen zu mobilisieren, die eine Unterstützung nationaler Initiativen zur Ausbildung qualifizierter Lehrer und die Verwirklichung qualifizierter Bildung für alle ermöglichen, sowie Aufbauen auf den G8-Zusagen von 2009; Einbeziehung der Bildungsstrategien in eine weiter gefasste Entwicklungspolitik im Geiste der in Oslo (2009) formulierten Erklärung „Gemeinsamen Handelns“ (Acting Together) und Unterstützung von Hilfsstrategien mit dem Ziel der Überwindung der Marginalisierung in der Bildung in Übereinstimmung mit der Erklärung von Addis Abeba im Januar 2010.
- Menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt der Entwicklungshilfe stellen, wirtschaftliche Stärkung von Frauen unterstützen und informelle und ungeschützte Arbeit bekämpfen;
- Einbeziehen der Zivilgesellschaft, einschließlich der Gewerkschaften, in die Entwicklung von Entscheidungsprozessen in Übereinstimmung mit der Paris Declaration und Accra Agenda for Action;
- Sicherstellen dass die Doha-Entwicklungsagenda (Doha Development Agenda – DDA) zu einer echten Entwicklungsrunde wird, die die Verwirklichung menschenwürdiger Beschäftigung in industrialisierten wie in Entwicklungsländern unterstützt; Ermöglichen, dass Änderungen in Firmen, Industriezweigen, Regionen und Arbeitsmärkten in sozial gerechter Weise gehandhabt werden, um sicherzustellen, dass der Strukturwandel nicht zu einem Nullsummenspiel wird.

BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS DURCH „GERECHTEN WANDEL“

³² Die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder müssen sich von dem enttäuschenden Ergebnis des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC) beim Weltklimagipfel in Kopenhagen im Jahr 2009 fortbewegen und die nötigen Schritte zur Verlagerung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme hin zu einer kohlenstoffarmen und nachhaltigen Grundlage gehen. Sie müssen ihre Unterstützung für den UNFCCC-Prozess demonstrieren und anfangen, an der nächsten Vereinbarung zu arbeiten, die – auf der Grundlage des IPCC-Szenarios – das Ziel beinhalten sollte, den Temperaturanstieg auf weniger als 2°C zu begrenzen. Dies bedeutet eine Reduzierung der Emissionen bis 2020 in den Industriestaaten um 25-40%, auf Grundlage der Werte von 1990, und eine weltweite Emissionsreduzierung um 85% bis 2050. Global Unions drängen die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder darauf, sicherzustellen, dass genügend Mittel zur Verfügung stehen, um die Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern umzusetzen. Dies ist eine Grundvoraussetzung für den Wiederaufbau von Vertrauen zwischen den Regierungen von

Entwicklungs- und Industriestaaten, das für das Erreichen einer globalen Vereinbarung wesentlich ist.

33 Weiterhin drängen Global Unions die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder dazu, mit Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaftsvertretern zusammenzuarbeiten, um beim Übergang zu einer kohlenstoffarmen, nachhaltigen Wirtschaft einen „Gerechten Wandel“ zu erreichen, damit die Veränderungen fair und nachhaltig sind. Die Vorschläge der Gewerkschaften für einen „Gerechten Wandel“ werden beim UNFCCC diskutiert.

34 Das Erreichen eines ambitionierten, fairen und verbindlichen Übereinkommens zum Klimawandel und die Verwirklichung eines „Gerechten Wandels“ sind nach wie vor die wichtigsten Prioritäten der globalen Gewerkschaftsbewegung. Global Unions rufen die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder auf:

- zur Förderung von Investitionen in grüne und menschenwürdige Arbeitsplätze, sowie in die Einführung einer Ökologischen Marktwirtschaft unter dem Schlagwort „Greening the Economy“;
- zur Investition in Bildung, Ausbildung und Umschulung von Arbeitnehmern;
- sicherzustellen, dass Institutionen des sozialen Dialogs den Klimawandel in ihre Entscheidungsprozesse mit einbeziehen;
- zur Erweiterung des Umfangs von Sozialschutzprogrammen, damit sie die Bedürfnisse derer befriedigen, die vom Klimawandel und von der klimabezogenen Politik betroffen sind;
- zur Förderung wirtschaftlicher Diversifizierungspolitik auf lokaler Ebene.

VERHINDERUNG EINER WEITEREN KRISE: EIN NEUER ANSATZ FÜR GLOBALES REGIERUNGSHANDELN

35 Die Gewerkschaften haben die von den Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder in Pittsburgh abgegebene (und von den G-20-Arbeitsministern im April 2010 erneuerte) Zusage begrüßt, dass *„internationale Institutionen die IAO-Standards und die Ziele des Global Jobs Pact in ihrer Krisen- und Nachkrisen-Analyse und in ihren Initiativen zur Politikgestaltung berücksichtigen sollen“*. Doch genau wie wir erst kürzlich bei der Rückkehr der Finanzmärkte zur Tagesordnung gesehen haben, kehrt auch der IWF zu den gescheiterten Strategien der Vergangenheit zurück und verordnet restriktive Kürzungen öffentlicher Ausgaben als Antwort auf die Schuldenkrise der Eurozone. Die Gewerkschaften lehnen Strategien ab, die lediglich Löhne, Renten und Sozialprogramme kürzen, und damit die Arbeitslosigkeit erhöhen und die Budgets für Gesundheit, Bildung und sonstige soziale Ausgaben reduzieren, was am Ende die Beschäftigung und die Grundbedingungen werktätiger Familien beeinträchtigt. Solche Maßnahmen tragen nur zur gesteigerten Ungleichheit bei – einem der Schlüsselfaktoren, die die Krise überhaupt erst herbeigeführt haben.

36 Im April 2010 befürworteten die G-20-Arbeitsminister *„die Teilnahme der IAO unter den Institutionen, welche die Strategie für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum umsetzen, um dazu beizutragen, dass menschenwürdige Arbeit, Inklusivität und soziale Nachhaltigkeit ein Teil des starken Fundaments werden, dass wir für die Zukunft bauen wollen.“* Dies ist ein Schritt in die Richtung der Forderung der Gewerkschaften nach Anerkennung der IAO als kompetente Instanz zur Bereitstellung der Komponenten Beschäftigung und Sozialschutz zum Mutual Assessment Process (MAP) im Rahmen der G 20-Strategie für ein starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum, die bislang vom IWF und der Weltbank erarbeitet wurde.

37 Die Gewerkschaftsbewegung unterstützt außerdem die Initiative zum Aufbau einer neuen Struktur des Regierungshandelns für die Weltwirtschaft und begrüßt die Zusage, eine Charta für nachhaltiges wirtschaftliches Handeln zu entwickeln, die den globalen Märkten eine normative Untermauerung geben würde. Sie begrüßt ebenso die Zustimmung zur Erklärung über Redlichkeit, Integrität und Transparenz in internationalen Geschäfts- und Finanztransaktionen (Declaration on Propriety Integrity and Transparency, PIT) durch die OECD-Mitgliedsländer sowie Brasilien, Estland, Israel, die Russische Föderation und Slowenien als Schritt nach vorn in Richtung verbesserten Geschäftsgebarens und erhöhter Kohärenz zwischen verschiedenen Politiken und Standards.

38 Die Sicherstellung der wirksamen Einbindung all dieser politischen Zusagen hängt jedoch von einer Erhöhung des Niveaus des sozialen Dialogs und der Beratung auf nationaler und internationaler Ebene ab. Gewerkschaften in den G-20-Staaten und darüber hinaus sowie ihre internationalen Organisationen stehen bereit, um in vollem Umfang und konstruktiv an bedeutenden Beratungen mit Regierungen und Arbeitgeberorganisationen teilzunehmen. Gewerkschaften müssen sich umfassend an der Formulierung neuer Steuerungs- und Beratungsstrukturen für internationale Organisationen beteiligen und dabei ihre institutionellen Verbindungen zur OECD als Vorbild benutzen. Die IAO muss ebenfalls eine zentrale Rolle spielen. Das Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Board, FSB), das eine Hauptrolle bei der Steuerung der Weltwirtschaft hat, braucht formelle Beratungsprozesse (auch mit Gewerkschaften), die Veröffentlichung von Dokumenten für Stellungnahmen und weitere Standardverfahren demokratischer Institutionenführung.

39 Die G-20 selbst müssen vollständig repräsentativ sein und mit dem System der Vereinten Nationen zusammenarbeiten. Wesentliche regionale Körperschaften wie die Afrikanische Union (AU), der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) müssen einen Pflichtsitz in der G-20-Runde erhalten, wie ihn auch die Europäische Kommission (EK) innehat.

40 Um diese Themen voranzutreiben rufen Global Unions die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder auf:

- zur Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die Regierungen, internationale Organisationen und von der IAO unterstützte Sozialpartner umfasst, und die Ergebnisse des Treffens der Beschäftigungs- und Arbeitsminister der G-20 weiterführt, sowie zur Veranstaltung eines weiteren solchen Treffens bei nächstmöglicher Gelegenheit;
- sicherzustellen, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) aufhört, eine dürftige „Strukturanpassungspolitik“ zu unterstützen, deren Kreditbedingungen eine Deregulierung des Arbeitsmarktes und eine Schwächung des Arbeitnehmerschutzes erfordern;
- zum Aufbauen auf den in Pittsburgh gemachten Zusagen und zu sofortigen Schritten, um sicherzustellen, dass die Kreditbedingungen und Beratungen des IWF und der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken sowohl auf globaler wie auf Landesebene mit den Kernarbeitsnormen der IAO und den Zielen des Global Jobs Pact übereinstimmen und eindeutige Hinweise auf Handlungsbedarf geben, wo immer er erforderlich ist;
- zum Sicherstellen der Stimmigkeit zwischen Wirtschaft, Handel, Sozial- und Umweltpolitik auf nationaler, regionaler und globaler Ebene; zur Vereinbarung von Treffen mit Führungspersonen von IAO, IWF, Weltbank, WTO, OECD und relevanten Gremien der UN, um

eine Beurteilung der Übereinstimmung ihrer Krisen- und Nachkrisen-Analyse mit IAO-Standards und den Zielen des Global Jobs Pact in die Wege zu leiten. Dies sollte in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern geschehen;

- zur Stärkung des Stellenwerts des Entwicklungssystem der Vereinten Nationen beim Reagieren auf die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung;
- zur Unterstützung der OECD bei der Ausarbeitung eines gemeinsamen Standards für Redlichkeit, Integrität und Transparenz in internationalen Geschäfts- und Finanztransaktionen als Vehikel zur Verbesserung der Übereinstimmung zwischen den Instrumenten der OECD und zur Anhebung der Standards für Geschäftsgebaren auf globaler Ebene. Der Standard sollte außerdem ein Baustein der G-20-Charta für nachhaltiges wirtschaftliches Handeln sein, die die vollständige Agenda für menschenwürdige Arbeit umfassen muss, und die Möglichkeit bietet, die Beachtung der grundlegenden Rechte der Arbeitnehmer sicherzustellen;
- zur Einladung der Sozialpartner zur formellen Beratung und Teilnahme als regulärer Bestandteil von G-20-Gipfeln und beim Forum für Finanzstabilität (FSB).

FAZIT

⁴⁰ Arbeitnehmer auf der ganzen Welt haben bereits durch den Verlust von Arbeitsplätzen, Lebensgrundlage, Zuhause, Ersparnissen und Sicherheit den Preis für die momentane Krise bezahlt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Perspektive keineswegs besser. Es besteht die reelle Gefahr, dass normale Frauen und Männer rund um den Globus weiterhin für die Krise bezahlen müssen, und dies über Jahre hinweg – als Arbeitnehmer, Steuerzahler und Bürger zahlen sie mit ihren Arbeitsplätzen, ihren Steuern und letztlich durch die Auswirkungen strikter und ungerechter Kürzungen im öffentlichen Bereich. Währenddessen sind diejenigen, die für die Krise verantwortlich sind, zur Tagesordnung übergegangen. Das Ausmaß sozialer Unruhen in Griechenland ist ein eindringlicher Hinweis auf die Notwendigkeit für die Regierungen, eine faire und nachhaltige Antwort auf die Krise zu finden. Es steht viel auf dem Spiel. Die Staats- und Regierungschefs der G-20-Länder müssen schnell, mutig und fair handeln, um eine Nachkrisen-Wirtschaft zu schaffen, die einen Neuanfang markiert. Sie müssen den Grundstein legen für ein *neues Wachstumsmodell, das fairer, ökologisch nachhaltiger und zwischen den Regionen ausgeglichen ist. Dies erfordert einen Paradigmenwechsel beim ökonomischen Denken.*



AUF DEM ARBEITSMARKT HANDELN, UM DEN AUFSCHWUNG ZU ERHALTEN

STELLUNGNAHME DER GLOBAL
UNIONS ZUM G8/G-20 GIPFEL
IN ONTARIO

25-27 JUNI 2010

-  **ITUC**
www.ituc-csi.org
-  **TUAC**
www.tuac.org
-  **BWI**
www.bwint.org
-  **EI**
www.ei-ie.org
-  **IAEA**
-  **ICEM**
www.icem.org
-  **IFJ**
www.ifj.org
-  **ITF**
www.itf.org.uk
-  **ITGLWF**
www.itglwf.org
-  **IUF**
www.iuf.org
-  **PSI**
www.world-psi.org
-  **UNI**
www.union-network.org